

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 30. März 1922

Einzelgenusspreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 1 Mk., die jüngstgefallene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzettel 5 Pf. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 38

Rückblick und Ausblick

II.

Wenden wir uns nun nach kurzer Betrachtung einiger Decker Reime, die aus dem Hin und Her der letzten Tarifabschlüsse, wenn auch vorläufig nur spärlich, als Zeichen wachsender Notwendigkeit einer baldigen Abkehr von der bisherigen Aufreibung der organisatorischen Kräfte auch auf Prinzipalsseite wahrzunehmen waren, dem materiellen Ergebnisse der Verhandlungen der letzten Tarifabschlüsse zu.

Die Gehilfenvertreter forderten 300 Mk. wöchentliche Lohnhöhung für alle Gehilfen. Diese Forderung hätte sich auf den in den letzten Monaten eingetretenen außerordentlichen Sturz der inländischen Kaufkraft des Geldes. Für die Berechnung dieser Entwertung wurde gebilligt sinngemäß davon ausgegangen, daß z. B. die im November v. J. durch den Tarifabschluß beschlossene Lohnhöhung sich dem damaligen Stande der Steuerung wesentlich genähert hätte, worauf es auch zurückzuführen war, daß eine gewisse Stabilität im Produktionsprozeß des Gewerbes wie auch innerhalb der tarifgemeinschaftlichen Beziehungen eintrat. Für die Verhandlungen des Tarifabschlusses im November v. J. lag als letzte amtliche Steuerungsgröße jene für den Monat Oktober mit 1146 Punkten vor. Auf sie stützte sich damals die Prinzipalsität in der Hauptsache, und zwar unter entschiedener Ablehnung anderer Steuerungsgrößen (wie Gebührentabelle usw.). Danach bemäht sie auch die Höhe der damaligen Zulage, die mit 100 und 35 Mk. sehr erheblich unter der Forderung der Gehilfenchaft von 200 Mk. blieb. Anzwischen hat sich aber die Steuerung dermaßen gesteigert, daß die Gehilfenchaft selbst gegenüber diesem beachtlichen Resultat der Novemberverhandlungen wieder ganz bedeutend zurückgeworfen wurde. Was ergibt sich aus einem einfachen Vergleiche der amtlichen Steuerungsgrößen vom Oktober v. J. mit 1146 und jener vom Februar d. J. mit 1989, woraus sich eine Steigerung der Steuerung um 73,5 Proz. ergibt, während der Buchdruckerlohn unter Einrechnung der jetzigen Lohnhöhung gegenüber den in Frage kommenden amtlichen Steuerungsgrößen sich im gleichen Zeitraum nur um etwa 45 Proz. erhöhte. Aus diesem Verhältnisse heraus erklärt sich die diesmalige Forderung der Gehilfenvertreter, die es selbstverständlich nicht daran fehlen ließen, neben dem an und für sich beschränkten amtlichen Beweismaterial aus der täglichen Preisgestaltung und ihrem Verhältnisse zur Friedenszeit Belege in Hülle und Fülle vorzutragen, wodurch ihre Forderung mehr als genügend begründet wurde.

Dieser nach Lage der tatsächlichen Steuerungsverhältnisse durchaus berechtigten Forderung steht nun als Ergebnis der letzten Tarifabschlüsse eine neue Lohnhöhung von 160 Mk. oder 27,8 Proz. des bisherigen Lohnes der höchsten Lohnstufe gegenüber. Stellen wir dieses Ergebnis in Vergleich zu der an dieser Stelle schon mehrfach vertretene Anregung, eine Lohnanpassung auf der Grundlage der um die Hälfte erhöhte Reichssteuerungsgröße anzustreben, so ergibt sich, daß der jetzige Lohn mit 718 Mk. bei 20 Proz. Lohnzuschlag gegenüber dem nach dieser Berechnung in Frage kommenden „Erlitzminimum“ (1939 + 995 = 2934 : 4 = 746) noch um 28 Mk. unter dem aus der Februarindexziffer errechneten Lohne bleibt. Die weitere Verteuerung im Monat März, die sich erst durch die Anfang April bekanntwerdende amtliche Indexziffer in ihrem vollen Umfang ausweisen wird, ist dabei noch nicht in Betracht gezogen. Es ist dringend zu wünschen, daß mit der für die Zukunft veranschlagte geplanten kurzfristigen Nachprüfung des Verhältnisses zwischen Steuerung und Lohn ein solcher oder ähnlicher Ausgleich im Interesse einer geordneten Entwicklung des Produktionsprozesses im ganzen deutschen Buchdruckgewerbe auf Prinzipalsseite ernstlich jetzt schon in Rechnung gestellt wird. Wenn nun die Gehilfenchaft mit der in der Spitzensumme von nur 160 Mk. abzielenden Erhöhung sich zu begnügen sucht, so bedeutet dies ein Weiterstreben

großer Opfer im Interesse des Gewerbes, das nur dadurch zu ertragen möglich ist, daß das neue Lohnabkommen wesentlich kürzer befristet ist als alle bisherigen; und daß gleichzeitig Vorfrage getroffen wurde, auf tarifgesetzlichem Wege eine zeitgemähere oder aktuellere Regelung der Lohnfrage herbeizuführen. Die Gehilfenvertreter wie auch die übergroße Mehrzahl der Gehilfenchaft haben weitgehendes Verständnis dafür, daß die Not der Kapitalbeschaffung im Buchdruckgewerbe eine sehr ernste Sache ist, die auch für die in Frage kommende Arbeiterchaft nicht gleichgültig sein kann. Denn die Gefahr der „losten Hand“, die hinter aller Kapitalnachfrage in Gewerbe und Industrie neuerdings mehr als je einen vampprartigen Charakter annimmt, bedeutet auch für die Arbeiterchaft letzten Endes nur weitere Ausbeutung und Gefährdung sozialer Erwerbsverhältnisse. Denn was fragen die Finanzgier nach Erhaltung und Verbesserung der Produktionsmittel eines Betriebes? Sie wollen nur höchste Verzinsung ihrer auf welchem Wege zusammengekauften Kapitalien sehen; ob dadurch eine Ruinierung und sinnloser Verschleiß der Betriebseinrichtungen hervorgerufen wird, geniert weder die inländischen noch die ausländischen Valutapekulanten. Droht durch ihre progressiv sich steigenden Ansprüche ein bestehender Betrieb auf den Hund zu kommen, so stehen sie einfach ihre Darlehen zurück und überlassen die betreffenden Betriebe ihrem reißenden Verfall; sie legen ihr Kapital wieder in andern, höheren Ertragsanlagen verbleibenden Unternehmen an, um das alte heuläufigste Spiel doch neuert zu beizugehen. Neben dieser Böllerei, die einen geordneten und rationalen Aufbau der Produktion immer mehr erschwert, treten für das Buchdruckgewerbe, insbesondere für das Setzungs- und Zugschloßgewerbe, noch ernstere Gefahren durch Verkauf vieler Druckereien seitens reaktionärer politischer Parteien, hinter denen großkapitalistische Gruppen stehen, um mehr und mehr mit Hilfe des gedruckten Wortes in einseitiger Weise die öffentliche Meinung zu beeinflussen. In ganz Vorpommern und im Osten Deutschlands haben sich in letzter Zeit nach dieser Richtung Bestrebungen von Druckereien und Setzungen vollzogen, die eine ernste Bedrohung der selbstlichen Entwicklung des deutschen Volkes bedeuten. Einseitige Gewerbe- und Preispolitik in Verbindung mit durchaus ungelunden Konkurrenzverhältnissen in Unternehmungskreisen des deutschen Buchdruckgewerbes haben diese Entwicklung leider allzusehr begünstigt. Und es ist daher höchste Zeit, daß in unserm Gewerbe endlich eine großzügigere Gewerbepolitik in der Richtung gemeinwirtschaftlicher Produktion mit der entsprechenden Lohn- und Preisregulierung einsetzt. Und wir sind der festen Überzeugung, daß es innerhalb des deutschen Buchdruckgewerbes möglich ist, eine derartige Gesundung der wirtschaftlichen Grundlagen des Gewerbes herbeizuführen.

Dazu wäre jedoch in erster Linie erforderlich, daß der Deutsche Buchdruckerverein in Zukunft besonderen Wert darauf legen würde, seine Organisationskraft und seine Mittel nicht gegen die berechtigten lebensnotwendigen Forderungen der Gehilfenchaft zu vergeuden und sich von berufsständischen Strömungen beherrschen und ins Schlepptau nehmen zu lassen. Man sollte im Gegenteil auf Prinzipalsseite ernstlich damit rechnen, daß eine Tarifgemeinschaft besteht, die gerade infolge der organisatorischen Geschlossenheit des Vertragskontrahenten auf Arbeiterseite für die Herbeiführung geordneter und einseitlicher Lohn- und Produktionsverhältnisse weit größere Schwierigkeiten bietet als in jeder andern Industrie. Die bisherige Taktik des Deutschen Buchdruckervereins in Lohnfragen war jedoch für eine Auswertung dieser Möglichkeiten viel zu engberzig und auch kurzfristig. Denn das bisherige, mehr auf juristischen Formalitätenplunder eingestellte Verfahren einzelner Organisationsvertreter der Prinzipale hat fast stets nur zur Verschärfung der Gegensätze innerhalb des Gewerbes statt zu einer Überbrückung geführt. Dadurch sind dem Gewerbe im Laufe der letzten Jahre unermessliche Arbeitswerte verloren gegangen, die auch durch noch so hohe Abstrichungen an den jeweiligen Lohnforderungen der Gehilfenchaft niemals auch nur annähernd ausgeglichen werden konnten. Außerdem mußte diese un-

rationalistische Tendenz auf Prinzipalsseite sorgfältig zu neuen Enttäuschungen führen, da trotz aller gegen die Forderungen der Arbeiterchaft aufgestellten „Gegenbeweise“ ein immer größerer Teil der aufgestellten Behauptungen durch die schließlichen Resultate der Tarifabschlüsse gegenstandslos wurde, wodurch vorher künstlich gehäufte „Sollnungen“ auf Prinzipalsseite immer wieder geknickt wurden. Und es dürfte kein Fehlschluß sein, wenn wir die gegenwärtige Zerrissenheit im Deutschen Buchdrucker- und Setzungsvereine zum größten Teil als Folge der unsozialen Scharfmacherei bezeichnen, die in den letzten Jahren in demselben Tempo gemacht ist, als die Leitung des Deutschen Buchdruckervereins sowohl im Hauptvorstande wie in Kreis- und Bezirksvereinen den eigentlichen Fachmännern entglitt und den Händen unsozialistisch oder juristisch gebildeter Persönlichkeiten anvertraut wurde. Es liegt uns fern, diesen Herren persönliche Unfähigkeit zu unterstellen. Nach Arbeitskraft und Wissen mögen sie hervorragend befähigt sein; aber leider legen die Dinge so, daß damit das, was dem Fachmann in den organisatorischen und gewerblichen Dingen des Buchdruckgewerbes von Haus aus eigen ist, weder erlebt noch vervollständigt wird. Es sind und bleiben Fremdkörper in einem auf eine feine, läbliche Technik eingestellten Produktionsorganismus, die, selbst wenn sie das Beste nach ihrer Auffassung wollen, nur neue Schwierigkeiten schaffen, statt alle zu beseitigen. Das ist nicht nur bei uns im Buchdruckgewerbe so, sondern überall dort, wo allzu formalistisch gebildete berufsständische Herren, wie Sondig, Genscher, Genscher usw., glauben, mit dem Kartenpleite juristischen Grinsen wirtschaftliche und soziale Fragen „lösen“ zu können. Überall zeigt sich zunehmende Entfremdung und Zuspaltung der Interessengruppen, wachsende Unzufriedenheit und härteres Fühlen der Arbeiterschaft in allen Kreisen der Kopf- und Handarbeiter. Dieses Überwuchern berufsständischer Ideen und Ziele wirkt wie Sprengpulver auf alle naturgemäß sich entwickelnden Produktionsbedingungen auch in unserm Gewerbe und schafft stets neue Konflikte, deren Kosten dem ganzen Gewerbe zur Last fallen.

Die letzten Tarifabschlüsse Verhandlungen haben nach dieser Richtung eine gewisse gesunde Gegenströmung auch auf Prinzipalsseite erkennen lassen, der im Interesse einer fortschrittlicheren Entwicklung unserer Tarif- oder Gewerbepolitik ein stärkerer Resonanzboden in Prinzipalskreisen zu wünschen wäre. Wir sind zwar nicht so naiv, in dieser Beziehung schon für die aller nächste Zeit größere Fortschritte zu erwarten. Aber wir glauben, daß die Entwicklung beschleunigt werden kann, wenn die Gehilfenchaft in Großstadt wie Provinz sich in diese Fragen noch etwas mehr als bisher hineinzuwenden verucht und ihre Haltung als Verbandsmitglieder, was gleichbedeutend ist mit Tarifkontrahent und aufwärtsstrebender Arbeiterchaft, auch in den Betrieben darauf einstellt, daß die Prinzipalsität sich allerorten bewußt wird, in der Gehilfenchaft einen Partner zu haben, der im wohlverstandenen eignen Interesse an der Hebung des Gewerbes mitzuarbeiten, aber ebenso unabhängig auch nicht mehr länger gewillt ist, die in Frage kommenden Lasten zum größten Teil allein zu tragen!

Volkswirtschaft

Das Wirtschaftsjahr 1921

Als wir im vorigen Jahre (siehe „Storr.“ 1921 Nr. 39) einen Überblick über das Wirtschaftsjahr 1920 gaben, geschah dies mit der zwar unausgeprägten, aber dafür im Innern um so lebhafter begabten Hoffnung, daß die dauerlichen Erscheinungen des Jahres 1920 sich nicht wiederholen würden, daß es vor allen Dingen gelingen möge, im Laufe des Jahres 1921 die notwendige wirtschaftliche Sanierung Deutschlands wenn nicht durchzuführen, so doch endlich in Angriff zu nehmen. Wir hatten die bestimmte Erwartung, daß insbesondere in den Arbeiterkreisen die gesunde Vernunft und hübsche, ruhige Überlegung mehr und mehr Platz greifen und es mit ihrer Hilfe gelingen werde, wieder bessere Zustände herbeizuführen.

führen. Bei einem Überblick über das Wirtschaftsjahr 1921 müssen wir leider feststellen, daß der größte Teil unserer Hoffnungen nicht erfüllt worden ist — ja, daß statt einer Besserung der wirtschaftlichen Lage noch bedeutende Verschlechterungen eingetreten sind. Insbesondere die Kurse der Preissteigerungen erreichte kurz vor Jahresabschluss eine vorher nie geahnte schwindelhafte Höhe, und es ist leider zu befürchten, daß der Höhepunkt noch immer nicht erreicht ist; die Beschränkung wird vielfach gedauert, daß wir noch zu überreichlichen, ja polnischen und russischen Zuständen gelangen werden. Wir teilen diese Beschränkung zwar nicht, sondern sind der Meinung, daß die industrielle Entwicklung Deutschlands unter Wirtschaftslieben vor einem völligen Verfall stehen wird, doch es vor allen Dingen der hochstehenden deutschen Arbeiterklasse gelingen wird, das Nötige zu verhindern. Allerdings, die Aufgabe ist riesengroß und erfordert das feste Zusammenhalten aller Kräfte.

Welt stärker noch als in dem beiden vorhergegangenen Jahren lasse 1921 der „Friedensvertrag“ von Versailles mit seinen ruinösen, undurchführbaren Forderungen auf dem deutschen Wirtschaftsleben. Die verschiedenen Konventionen, die im Verfolge des Willens von Versailles festgelegt haben, die Sanctionspolitik und vor allem das im Mai 1921 an Deutschland gerichtete Ultimatum drückten den Wert des deutschen Geldes so weit herunter, daß kurz vor Jahresabschluss die Baluta fast auf dem Nullpunkt angelangt war. Dadurch stiegen auf der anderen Seite die Preise bis zu schwindelhafter Höhe. Die Kräfte, die schon seit längerer Zeit auf dem Weltmarkt herrschte, machte sich auch in Deutschland in steigendem Maße bemerkbar und prägte sich im Stande der Reichsfinanzen recht deutlich aus. Die Inflation nahm ungeheure Maße an, die Reichsschulden stiegen unausgehebt und der Steuerbedarf wurde immer größer. Wie im Vorjahre gingen demgegenüber die Wirtschaftskräfte zu weiteren Steigerungen ihrer Eigenkapitalien vor, und die Bildung von Konsernen, Trusten wie überhaupt die Zusammenballung des Kapitals nahm immer größere Formen an. Nach den letzten Ausweisen des Reiches erreichten die Ausgaben für das Rechnungsjahr 1921/22 die wahrhaft unheimliche Höhe von 329 1/2 Milliarden Papiermark im Verwaltungsbereich; die schwebende Schuld des Reiches war am 31. Dezember 1921 auf 246 Milliarden Mark angewachsen, so daß also auf den Kopf der Bevölkerung allein für schwebende Verpflichtungen volle 4000 Mk. zu rechnen sind. Die Hebung des Notenumsatzes betrug fast 45 Milliarden Mark, wodurch am Jahresabschluss der Umlauf auf 113 Milliarden gekommen ist, wozu noch mehr als 8 Milliarden Mark Darlehenskassenscheine (einschließlich Reichskassenscheine) treten, so daß sich der Gesamtumfang des in Umlauf befindlichen Papiergeldes, abgesehen von dem im Verkehr befindlichen Notgeld der Städte und sonstiger Verbände, auf 122 Milliarden Mark belieferte. Dieser Ziffer steht eine Golddeckung von ungefähr 994 Mill. Mark = 0,90 Proz. gegenüber.

Angesichts solcher Vorgänge ist es wohl berechtigt, von einem Jahre der Enttäuschungen zu reden, auf das das deutsche Volk mit gemischten Empfindungen zurückblickt — die Arbeitnehmerschaft ohne Ausnahme sogar mit recht leidenden. Denn für sie zeigten sich die Schattenseiten der Erscheinungen in krasserer Form, während sie an der Balutahojunktur, den hohen Dividenden usw. nicht teilnehmen kann. Dagegen ist zu befürchten, daß die Einwirkungen der Steuerprobleme die breiten Massen mit voller Wucht treffen werden.

Das Börsenjahr 1921 zeigte in seinem Verlaufe ganz ungeahnte Ausmaße. Konnten schon im Vorjahr Erscheinungen auftreten, die die ganze ungünstige Lage Deutschlands zeigten, so war das im letzten Jahre noch weit eher der Fall. Die bekannte Kursprünge spielten alles in allem, ein Mäurersturm ohnegleichen sprengte alle Fesseln des geregelten Verkehrs, breitere Schichten der Bevölkerung wandten sich dem Börsenspiele zu, kürzten sich in wilden Raufes auf alle Arten Wertpapiere und trieben die Kurse auf schwindelhafte Höhe. Alle die ungünstigen Erscheinungen des Vorjahres zeigten sich in verstärktem Maße, und das über das Börsenjahr 1920 gefällte Urteil dürfte auf 1921 noch weit mehr zutreffen. Der Verkehr war an den Börsen zeitweise so stark, daß an den Hauptbörsenplätzen Berlin, Frankfurt, Köln und Hamburg längere Zeit Börsenruhe eingeführt werden mußten. Die finanziellen Ergebnisse im einzelnen bereits schon anzudeuten, ist ausgeschlossen, da ja die Geschäftsbereiche der großen Banken und industriellen Unternehmungen erst später erscheinen. Dagegen läßt sich sehr schon ein Überblick über die Emisionen, d. h. Erhöhungen des Aktienkapitals usw. im Jahre 1921 geben, und die hier ungelassen Beträge erreichen ganz ungeheure Maße. So wurden nicht weniger als für 1922 229 Mill. Mk. neue Aktien ausgegeben; im ganzen wurde der Kapitalmarkt einschließlich des für Neugründungen von Aktiengesellschaften aufgewendeten Betrags von 6527 Mill. Mk. in Höhe von 32856 Mill. Mk., gegen 12735 Mill. Mk. im Vorjahre, und unter Zugrundelegung des Effektivbetrags der neu ausgegebenen Aktien mit einer Summe von 38534 Mill. Mark, gegen 14018 Mill. Mk. im Vorjahre, beansprucht. Die im letzten Jahre neu ausgegebenen Aktien übersteigen das gesamte Aktienkapital der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1913, obwohl wir durch den Friedensvertrag 305 Aktiengesellschaften mit 700 Mill. Mk. Aktienkapital verloren haben. Neugegründet wurden im Laufe des verflochten Jahres 934 Aktiengesellschaften mit 6527 Mill. Mk. Aktienkapital, gegen 303 Gesellschaften mit 1170 Mill. Mk. Kapital im Vorjahre; von diesen Neugründungen entfallen allerdings 324 Gesellschaften mit 2030 Mill. Mk. auf Umwandlungen, die sich besonders in den letzten Monaten des Jahres stark gebildet haben.

Die industrielle Tätigkeit des Jahres 1921 wird durch die vorstehenden Zahlen am besten charakterisiert; ein energischer Konzentrationswille hat sich der deutschen Industrie bemächtigt. Wir haben auf diese Erscheinungen im letzten Jahre mehrfach hingewiesen. Die Verstrickung schreitet stetig voran; fast jeder Tag läßt Projekte zur Wirtschaftlichkeit werden. Teils durch Zechenangehörigkeiten, teils durch Hinzunahme weiterer bisher selbständige betriebener Verfeinerungswerkstätten schritten besonders die Montankonzerne auf der Bahn der Verstrickung voran. Aber auch alle andern Industriezweige, und vor allem auch das Banken- und Versicherungswesen, geraten mehr und mehr in die Zusammenballungsbewegung hinein. Wir werden auf diese Erscheinungen gelegentlich in einem besonderen Aufsatz etwas näher eingehen, ebenso auf die finanziellen Ergebnisse, sobald die Jahresberichte wenigstens der größeren Unternehmungen vorliegen.

Durch alle die vorstehend nur kurz geschilderten Vorgänge wurde die Lebenshaltung von Monat zu Monat ungünstiger; die anhaltende Dürre des Sommers trug ihr Teil zu einer unangenehmen Gestaltung bei. So kam es, daß die Kurse der Preissteigerungen bis zum Jahresabschluss immer tiefer anstiegen, so daß die Indexzahl der Großhandelspreise zu Ende 1920 betrug, gegen 143 zu Anfang des Jahres, Seidem ist sie noch immer weiter gesunken und hatte Anfang März den Stand von 435 erreicht. Der Lohnindex hingegen hat sich nur von 198 Anfang Januar 1921 auf 355 zu Anfang Januar 1922 gehoben. Nach den Berechnungen des Statistischen Amtes der Stadt Köln stellen sich die Kosten der Lebenshaltung für eine vierköpfige Arbeiterfamilie zu Anfang 1921 für einen Monat auf 1671 Mk., im Oktober auf 1937 Mk., im November auf 2419 Mk., im Dezember auf 2721 Mk., im Januar 1922 auf 2900 Mk. und im Februar auf 3401 Mk. Welche Arbeiterfamilie aber hat ein derartiges Einkommen? Für einen Buchdruckergehilfen über 24 Jahre müßte also in Köln ein Wochenlohn von 850 Mk. gezahlt werden; wofür erhält der Gehilfe aber lebt?

Es dürfte also wohl berechtigt sein, zu sagen, daß die deutsche Arbeiterklasse auf das letzte Jahr nur mit sehr gemischten Gefühlen zurückblicken kann, und daß es noch vieler Arbeit und Mühe bedarf, um die notwendigen Garantien zu einer menschlichen Lebensführung zu erzielen. In der letzten Zeit wird mehr und mehr die sogenannte geliebte Lohnhals als das rettende Mittel dargestellt; auch hat man das Schlagwort „Goldmarkthöhe“ in die Arbeiterklasse hineingeschoben. Wir werden uns mit diesen beiden Dingen einmal gelegentlich näher befassen; für heute gilt es, der Arbeiterklasse immer wieder vor Augen zu stellen, wie nur das eifrige Vorwärtstreben des einzelnen, das Eindringen in die schwierige und verwinkelte Materie des Wirtschaftslebens und das feste Zusammenhalten der gesamten Kräfte uns zu unserm Ziele führen kann.

Köln a. Rh.

Paul Severling.

Die „Krise“ der Weltproduktion

Wie jetzt wieder, besonders in den Ländern mit hohem Wechsellage, ließ das Unternehmertum vor zwei Jahren Sturm gegen den „Wirtschaftstod“. Der „Wirtschaftstod“ und die „Faulheitskurve“ der Arbeiter war an allem schuld. Die hohen Preise, der Rückgang der Produktion, die Absichtliche und weiß Gott welche Arbeit noch waren nach der Behauptung der Unternehmer alle verursacht durch den „Wirtschaftstod“. So kam es im Juni 1920 in einer Sitzung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitssamts zu einem Antrag der Unternehmer, das „Arbeitslose“ der Produktion“ veranstalten „im Hinblick auf ihre Beziehungen zu den Arbeitsbedingungen und den Lebenskosten“.

Die ersten zwei Bände dieser Erhebung liegen nun vor. Im es gleich vorwegzunehmen, nach den vorliegenden und voraussichtlich noch zu erwartenden Ergebnissen der Erhebung ist es nicht gelungen, in das Gebelminis der kapitalistischen Produktion seit 1914 einzudringen: die Preissteigerung. An einzelnen Beispielen wissen wir, daß das Kapital während des Krieges sich gewöhnt hat, phantastische Gewinne durch Phantasiereise zu erzielen. Das immer schwieriger werdende Studium der Bilanzen lehrt uns, daß die Unternehmer keine Neigung zeigen, die Kriegsgewinne abzugeben. Aber in welchem Maße die Abspeicherung der Länder während des Krieges und selber die Kartell- und Trustbildung gefördert hat, in welchem Maße die Kartelle und Syndikate die Produkte durch Phantasiereise verteuert, diese Fragen wird die Erhebung wohl auf, sie vermag jedoch keine Antwort darauf zu geben.

Anglick vermeldet die Erhebung auch, auf die Frage einzugehen, wieviel die Friedensverträge die internationale Wirtschaftskrise verursacht haben. Die Zerlegung von Wirtschaftselbenheiten in kleine, lebensunfähige Trümmer, die Abtrennung von Gebieten von einem Lande, die Verpfändung der Wiedergutmachung, d. h. der Abschleppung des Weltmarktes mit Waren, für die Deutschland keine Bezahlung bekommt, aber keine andere Waren kaufen kann, sind wesentliche Ursachen der Weltkrise.

Aber von diesen Mängeln abgesehen, bietet die Erhebung eine Fülle von Material, das zumal eine Verdammung nicht des „Wirtschaftstods“, sondern der kapitalistischen Produktion bildet. In erster Linie des Krieges. Die Erhebung beginnt 1913 und geht teilweise bis Mitte 1921. Sie ist also notwendig eine Erhebung über die Folgen des Krieges. Mit Geld und Schwarzkauf — trotz des Widerstandes der Unternehmer, als sie sahen, daß die Erhebung sich bemühte, in das Dunkel der kapitalistischen Produktion hineinzulichten — werden die

Zerfahrungen des Krieges aufgedeckt. Denn es sind nicht nur Menschen getötet und verstümmelt worden, weniger geboren worden, früher gestorben, mit dem gesamten Produktionsmechanismus wurde Raubbau getrieben. Dazu kommen die psychologischen Wirkungen und die Wirkungen der Unterernährung.

Die Erhebung, die durch eine solche über die Arbeitslosigkeit noch ergänzt wird, liefert jedoch bereits über diese Punkte schätzbare Material. Heute sind die feindlichen Armeen abgeloht durch zwei andre, nicht minder große Armeen, die der Arbeitslosen und die der „unteren“ Arbeiter. Die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter kann man gegenwärtig auf mindestens 25 Millionen über den internationalen Minimumstand schätzen. Diesem hungarnden Meer Unproduktiver steht das Meer der zu Hungerlöhnen Arbeitenden gegenüber. Während die deutschen Arbeiter 1913 für die notwendigen Lebensmittel 52,5 Proz. ihres Lohnes ausgeben mußten, ist dieser Prozentsatz 1920 auf 92,1 Proz. gestiegen. Im Verhältnis zur Kaufkraft des Geldes sind die Löhne seit 1913 gesunken in Bulgarien auf 62 Proz., in Ungarn auf 47 Proz., in Georgien (1919) gar auf 25 Proz.!

Und diese fürchterlichen Gegensätze verschärfen sich von Monat zu Monat unter dem Einflusse der Friedensverträge. Einzelne Abstriche der Erhebung lassen sich wie eine Tragödie der Menschheit. Was Wunder, daß unter diesen Umständen die Arbeiterklasse heute in allen Ländern in die Defensive gedrängt ist und einen Verzweiflungskampf um die nackte Existenz führt. In den hochentwickeltesten Ländern versuchen die Unternehmer den Ausgleich nach unten, durch Anpassung an die Hungerlöhne in Mittel- und Osteuropa, herbeizuführen, während die Preissteigerung hier alle Lohnerböhen illusorisch macht. Die Produktionskrise ist in Wirklichkeit der soziale Bankrott der kapitalistischen Gesellschaft.

J-S-J.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Die Tarifkonflikte bestehen zur Zeit in Ostpreußen noch in Marienfelde, Puckheimen, Pilschallen, Stallupönen, Wehlau; in Polen sind Kämpfe in Polen nach im Gange. Zugang nach diesen Orten hat zu unterbleiben. Bei Konditionen angeboten aus Ostpreußen und der ehemaligen Provinz Posen ist unabdingbar bei den zuständigen Organisationsstellen erst anzufragen.

Berlin. Sein 50jähriges Berufsjubiläum begeht am 7. April der Drucker Otto Müller, Kollege Müller spritzte in Potsdam in der Buchdrucker von Albert Brandt, ging dann auf die Wanderschaft, arbeitete in verschiedenen Orten Deutschlands, Österreichs und der Schweiz. Ende der achtziger Jahre kam er nach Berlin, arbeitete hier in verschiedenen Druckereien, darunter 26 Jahre in der Druckerei Julius Stillefeld bis zu deren Auflösung; lange Jahre war Kollege Müller bei Stillefeld Vertrauensmann und Druckereihelfer und leit 22 Jahren Mithilfe des Gehilfenprüfungsausschusses der Handwerkskammer Berlin. Seit 1920 ist er in Kondition bei der Firma R. Dieringebolen, Mögen dem allen humorvollen Kämpfen noch viele Jahre in geistiger und körperlicher Frische beschließen sein.

Bremen. Der in letzter Generalversammlung zum Ausdruck gekommene Wunsch, daß die Kollegen im neuen Jahre regeren Anteil an den Vorgängen innerhalb der Organisation nehmen möchten, scheint auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein. Erreichtermode hatte die Bezirksversammlung am 9. März trotz des Straßenbahnstreiks einen guten Besuch aufzuweisen. Nach Erledigung interner Angelegenheiten berichtete Kollege Dreifmann über die Tätigkeit des Graphischen Kartells. Die geistige Weiterbildung der Kollegen mußte auch hier in den Hintergrund und die berufliche Kleinarbeit in den Vordergrund gestellt werden. Die Klassenverhältnisse waren äußerst ungenügend, so daß sich eine Erhöhung des Betrags von 10 auf 50 Pf. pro Mittel und Quartal notwendig macht. Des weiteren nahm die Versammlung Stellung zu einem von bürgerlicher Seite in hiesiger Bürgerkassell gestellten Antrag auf Aufhebung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag und nahm folgenden Antrag einstimmig an: „Der Antrag Wendob in der Bremischen Bürgerkassell auf Abschaffung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag stellt einen neuen unverdäunten Versuch des Bürgerlums dar, die hargen Ertragsmehrfachen der Produktion unrichtig zu machen. Die Bezirksversammlung der Bremer Buchdrucker bringt zum Ausdruck, daß ein derartiger Versuch auf den schärfsten Widerstand des gesamten Proletariats stoßen wird. Die Bremer Buchdrucker werden daher, ungeachtet der eventuellen Beschlässe der Bürgerkassell, an dem 1. Mai als Feiertag festhalten und fordern das Omerchallkartell und die einzelnen Verbände auf, unverzüglich Stellung zur Abschaffung des 1. Mai als Demonstrationsterrtag des Proletariats zu nehmen.“

Danzig (Freilich). Der Gau hielt am 5. März seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken eines in Goslengenbüchel gerateten und jetzt für tot erklärten Kollegen in üblicher Weise geehrt. Nach Erledigung einer Aufnahme kam der gedruckte vorliegende Jahresbericht zur Besprechung. In lauschbarer Form wurde die Arbeit des Vorstandes anerkannt und dem Massenverwalter Entloftung erteilt. Die eingelaufenen Urträge sowie einige Gehaltsänderungen wurden konsolidiert erledigt. Der Beitrag für unsere Witwen-, Waisen- und Sterbunterstützungskasse wurde auf das Zweieinhalbfache, die

Leistungen dagegen um das Dreifache erhöht. Eine lebhafteste Debatte rief die ständig zunehmende Teuerung hervor, die in unserm Freistaate ganz besonders in Ostpreußen tritt. Die vollständige Stilllegung und enge Abgeschlossenheit machen ein teilweise Verdrängkommen unmöglich. Hohe Stille lasten auf allen hier eingeführten Waren und führen so eine besondere Verleuerung herbei, so daß an ein Auskommen mit den jetzt bestehenden Löhnen nicht im geringsten gedacht werden kann. Allgemein wurde deshalb der Ruf nach Erhöhung der Danziger Sonderzulage laut. Dielem Ernst der Lage dürften die hiesigen Arbeitgeber etwas mehr Beachtung schenken als bisher. Aus der durch Urwahl vorgenommenen Vorstandswahl gingen u. a. hervor als erster Vorsitzender Kollege M. Hübler und als Verwalter Kollege R. Sulka.

Düsseldorf-Rohweim. Auf Anregung unres Ortsvereins fanden sich am 7. März in Düsseldorf fast alle Angehörigen der vier graphischen Verbände am Orte (Buchdrucker, Lithographen und Steindrucker, graphische Hilfsarbeiter und Buchbinder) zwecks Gründung eines graphischen Kartells zusammen. Als Referent hielt der Gauvater des Graphischen Hilfsarbeiterverbandes, Kollege Hermann (Wresden), einen lehrstoffschriftlichen und selbständigen Vortrag über „Zweck und Ziele eines graphischen Kartells“. Nach Schluß seiner beifällig aufgenommenen Ausführungen ging man zur Gründung des Kartells über. Der Vorstand setzt sich aus den Vorständen bzw. Vertretern der vier am Orte befindlichen graphischen Berufsgruppen zusammen.

Dresden. Am 1. April feiert der Seher und hiesige Korrektor Wilhelm Lauchnik sein 50jähriges Berufsjubiläum. Nach seiner Bekehrung hat er in verschiedenen Druckerstellen seiner Geburtsstadt Dresden gearbeitet, als Waise zwang ihn Verhältnisse und Rücksichten dazu, wiewohl er in jüngeren Jahren ein Naturfreund und Wanderer war. Vergangenen Herbst vollendete sich 40 Jahre, daß er wieder in seiner Lehrdruckerlei C. E. Meinhof & Söhne getreulich seine Pflicht erfüllt. Unserem Vereine hat er vom ersten Gehilfenstage stets die Treue gehalten. Sei es ihm vergönnt, noch rüstig weiter zu schaffen.

FG, Bezirk Elberfeld-Barmen. Am 12. März fand im „Vergilchen Haus“ auf der Harbt eine gemeinschaftliche Bezirksversammlung statt als Fortsetzung der Versammlung vom 27. Februar. Zum ersten Punkte der Tagesordnung gab Kollege Weber einen Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz vom 5. Februar. Sodann berichtete Kollege Karp über die Verhandlungen vor dem Tarifamt betreffend die Sonderzulage des Kreises II. In der Diskussion über dieses Ergebnis waren alle Redner sich einig, daß unter den Teuerungsvorbedingungen, die hier im beschleunigten und Industriegebiete herrschen, an einen Abbau dieser Sonderzulage nicht gedacht werden könne. Man verurteilte allgemein die Schmuhkonkurrenz der Prinzipale, die wunderbare Blüten gezeitigt habe. Erwähnt wurde auch, daß eine Wiesener Firma belgisches Kollegen bei einem Wochenlohn von 3200 Mk. beschäftigt. Wenn für die Belgier ein so hohes Grenzminimum für nötig erachtet wird, weshalb gibt man unsern Kollegen nicht das, was sie brauchen? Es folgte dann die Stellungnahme zu der Resolution vom 27. Februar. Nachdem Kollege Weber einen Vorschlag der Vertrauensmännerkung vom 10. Februar verlesen, trat man in die Debatte ein. — Anschließend fand noch eine Bezirksversammlung des Bezirks Elberfeld statt. Nach Erledigung einer internen Sache wurde eine Kommission gewählt, die die Entwürfe zur Generalversammlung ausarbeiten soll. Dann wurden als Delegierte zur Generalversammlung die Kollegen Weber (Elberfeld) und Mommsen (Solingen) aufgestellt.

Frankfurt a. M. Der Seherkollege Karl Müller in der Firma C. Naumanns Druckerlei feiert am 1. April dieses Jahres sein 50jähriges Berufsjubiläum. Diese lange Reihe von Jahren hat der Subilar ununterbrochen in derselben Stellung zugebracht und ist heute noch ausschließlich mit der Herstellung von Wertpapieren betraut, die schon von alterher sein Spezialgebiet bedeuten. Was es heißt, auf seinem Posten 50 Jahre im Dienste der schwarzen Kunst zu stehen, wissen wir wohl alle zu würdigen; eine Fülle von emtiger und peinlichst gewissenhafter Arbeit ohne spezielle pekuniäre Erzeugnisse, getreu dem Was aller Professions. In doppeltem Sinne kann man von ihm sagen, er widmete seine Arbeitskraft dem Dämon Mammon, der aber trotzdem mit ihm nicht paßierte. Seine Geschäftskollegen dagegen werden nicht verjähren, ihm an seinem Ehrentage ihre Glückwünsche entgegenzubringen, und höchstenfalls ist es dem Veteranen vergönnt, seinen Lebensabend trotz der wirtschaftlichen Depression in Ruhe und Frieden zu verbringen.

Stiltdurghausen. Mit dem 1. April kann der Senior der hiesigen Kollegenchaft, Otto Benzlage, auf eine 50jährige Berufstätigkeit zurückblicken. Sturs nach Beendigung der Herbstzeit in seiner Geburtsstadt Bielefeld begab sich der Subilar auf die Wanderschaft durch Deutschland, teils durch Belgien, die Schweiz und Österreich. Vorübergehende Stationen fand Kollege Benzlage in Essen, St. Wilb, Berlin und Freiberg i. Sa., bis er endlich im Jahre 1879 hier „letzte Punkt“ erlangen konnte. Nach siebenjähriger Tätigkeit in der Hofbuchdruckerlei Gadow & Sohn liebes er im Jahre 1886 mit der „Verzierung“ in ihr neues Feld über und verließ daselbst nahezu 20 Jahre lang den Messerposten. In den letzten Jahren plagt den Subilar leider ein Nervenleiden, an dem er auch gegenwärtig wieder erkrankt ist, und das ihn wohl dazu zwingen wird, von seinem siebenjährigen Berufsschicksal zu nehmen. Wünsche unsern lieben Kollegen Benzlage neben recht baldiger Genesung noch so manches Jahr auch als „angehender Rentier“ beschieden sein!

Welspla. (Maschinenmeister.) In der Mitalliederverammlung vom 22. Februar gab Kollege Baufeld einleitend bekannt, daß Obermeister Gräter durch Umstände abgehalten sei, persönlich anzuwelen zu sein, und daß die Firma Wobers das Referentmaterial ihrem Welsplager Vertreter, dem Kollegen Beschmidt, überwiesen habe. Des weiteren gab der Vorstand einen Briefwechsel mit dem Kollegen Frank (Sulstarg) bekannt, der auf eine Anfrage von unserer Seite (Walzenwärmer „Jung“ betreffend) in anerkennender Weise Rückantwort erteilt hat. Das veranlaßt den Vorstand, den Welsplager Kollegen diese technische Neuerscheinung praktisch vorzuführen zu lassen. Hierauf ergriff Kollege Beschmidt zu seinem Vortrage „Der Walzenwärmer System Jung“ das Wort. In leichtverständlicher Weise schilderte Referent die Vorzüge und den Zweck des Walzenwärmers, dabei auf den im Versammlungssaal in Funktion befindlichen Apparat hinweisend. In der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Weber und Baufeld. Mit einem Appell an die Kollegen, ihre Vorgesetzten für diese Neuuerung zu interessieren, schloß Redner unter dem Vorkalbe der Kollegen seinen Vortrag. Zum zweiten Punkte ergriff Kollege Hallupp das Wort zu seinem Vortrage: „Verdienst des Unternehmers an der Arbeit des Druckers“. In verständlicher Art verles Redner den Kollegen den Preisstarke und griff sachlich über auf die Lohn- und Preisberechnung. In der einleitenden lebhaften Diskussion (Wohmann, Nagel, Baufeld, Schellier, Krüger) wurde von allen Rednern darauf verwiesen, daß man aus dem Gehilfen die richtige Nutzenwendung ziehen möge. Unter dem dritten Punkte machte Kollege Baufeld die Versammlung mit dem Inhalte des Rundschreibens Nr. 7 der Zentralkommission bekannt. Nachdem Erledigung einiger interner Angelegenheiten.

Mains. (Maschinenmeister.) Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 26. Februar statt. Zunächst gab der Vorsitzende verschiedene Zuschriften bekannt, die erbrütet wurden, dann konstatierte er noch mit Befriedigung das pünktliche Eingehen des Ertragsberichts und stellte besonders fest, daß dieser sogar von mehreren Nichtmitgliedern unserer Sparte bezahlt worden sei. Kollege Schneider erkaufte darauf den Jahresbericht. Auch im verflochtenen Jahre hat die Sehmachine in unserm Bezirke weiter Ginzug gehalten; nicht weniger als sieben Maschinen (vier Einlophen und drei Typographen) fanden Zulassung. Eine inwärtigen gegründete französische Druckerlei hat ebenfalls zwei Einlophenmaschinen aufgestellt. In zehn Maschinen in zwei hiesigen Betrieben wurde die elektrische Heizung (System Winkler) angelegt, was in gesundheitslicher Beziehung nur zu begrüßen ist. Es wäre wünschenswert, wenn diese Heizungsart noch weiter durchgeföhrt würde. Im Juli d. J. sind es 20 Jahre her, daß unser Verein gegründet wurde. Zum nächsten Tagesordnungspunkte erkaufte Kollege Altmeyer den Klassenbericht. Der ab 1. April d. J. abzuführende Wochenbeitrag wurde auf 1 Mk. festgelegt. Der alte Vorstand wurde einstimmig per Akklamation wiedergewählt. Nachdem noch „Technisches“ behandelt worden war, wurde die Versammlung geschlossen und die Kollegen aufgefordert, an der nachmittags stattfindenden Bezirksgeneralversammlung ebenso zahlreich teilzunehmen. — In der am 9. März abgehaltenen Maschinenseherversammlung erkaufte der Vorsitzende Bericht von den in Berlin bzw. Mannheim abgehaltenen Vorstandskonferenzen. Die zahlreich erschienenen Mitallieder folgten den Ausführungen mit höchstem Interesse, was auch in der dem Berichte folgenden Aussprache zum Ausdruck kam, die sehr reger war und in der klar zutage trat, daß die Konferenz in Berlin eine unbedingte Notwendigkeit war. Sodann kam ein in der „Zeitschrift“ veröffentlichter Artikel zur Sprache, der sich mit der Tätigkeit der Maschinenseher befaßt und in dem die Arbeitsweise der Maschinenseher mit der eines Typsetzers verglichen wurde. Die Maschinenseher des Bezirks Mains legen einmütige Verwahrung ein gegen eine derartige Verunglimpfung ihrer Tätigkeit, deren Zweck nur zu durchsichtig ist. Die Prinzipale würden jedenfalls große Augen machen, wenn die deutschen Maschinenseher es bei dem Tippen, für das allein sie doch nach Ansicht einer Anzahl von Prinzipalpaaren bezahlt werden, bewenden lassen und bis aufstrebenden Eibungen die Maschinen stehen lassen, bis sie von den dazu berufenen Monteuren wieder in Ordnung gebracht worden seien. Mit dem Wunsche, daß die Kollegen immer so zahlreich zu den Versammlungen erscheinen möchten, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Wetmar. (Maschinensehervereinigung Gau Thüringen.) Am 5. März hielt die Vereinigung hier ihre diesjährige Gauptversammlung ab, die von 23 Delegierten aus 15 Orten besichtigt war. Vorsitzender Wilhelm (Eilenach) und der Kassierer gaben zum gedruckt vorliegenden Jahresberichte noch ergänzende Erläuterungen. Der Mitalliederkant hat sich gegen das Vorjahr um 15 erhöht und betrug am Jahreschlusse 190. In der Debatte wurden von den verschiedenen Rednern die Verhältnisse an den einzelnen Orten besprochen und die tatsächliche Bezahlung der Maschinenseher in Thüringen betont. Die fortwährende prozentuale Herabsetzung des Maschinenseherauschlags wurde von allen auf das schärfste verurteilt. Daß das Buchdruckgewerbe noch erheblichen Gewinn abwerfen müsse, beweilte die hohe Zahl der neuangestellten Maschinen. Die Vermehrung der Sehmachinen würde bei einer einschneidenden Stelle vor allem ihre Mäandierung auf die Handwerkerkollegen ausüben, da die Prinzipale auf eine Vorkälaltung der Maschinen bedacht sein würden. Der geringe Maschinenseherauschlag begründete diesen Zustand noch mehr. Hierauf erkaufte der Vorsitzende eingehend Bericht über die am 26. Februar in Berlin stattgehabte Vorstandskonferenz der Ma-

schinesehervereinigungen. In der lebhaften Debatte kam allgemein zum Ausdruck, daß das Ergebnis dieser Konferenz die Mitglieder nicht befriedige. Man habe stärkere Maßnahmen erwartet. Von einer Entschlichung wurde abgesehen. Einer Beitragserhöhung vom 1. April ab auf 1 Mk. wüchentlich wurde zugestimmt, um dadurch die Abhaltung von Gauvorkerlammungen zu ermöglichen. Das Eintrittsgeld wurde für Neueintretende auf 2 Mk., für Wiedereintretende auf 10 Mk. festgelegt. Dem Vorstande wurde durch einstimmigen Beschluß eine Entschlichung gewährt. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des selbsterwählten Vorstandes und somit Eilenach wieder als Vorort der Gauvereinigung.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Tarifamtliche Lohnskellen. Die neuen Lohnskellen, enthaltend die Löhne für Gehilfen und Hilfsarbeiter, nach Wochen, Tag- und Stundenlohn berechnet, das Kostgeld der Bebrünte und sonstige Abänderungen des Buchdrucker tariffs, sind vom Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 43, Friedrichstraße 239, zum Preise von 2 Mk. pro Exemplar bei portofreier Zustellung sofort zu beziehen. (Postcheckkonto Nr. 85053, Berlin NW 7).

Nachahmungsmerkmal. Anlässlich des 25jährigen Bestehens der Buchdruckerlauer & Co. („Neueste Nachrichten“) in Braunschweig stiftete die Firma für ihre Angestellten und Arbeiter 120000 Mk. Acht Kollegen, die bereits 25 Jahre in der Druckerlei beschäftigt sind, erhielten je 2000 Mk.; die übrigen Kollegen entsprechend der Beschäftigungsdauer 350—1000 Mk.

Der Buchdruckerelbisher Stolge in Marktrecht als Koalitionsgesener. Der Buchdrucker- und Buchbinderelbisher sowie Geschäftsbücherfabrikant Ottomar Stolge in Marktrecht hat seine bei ihm ausgeliehenen Gehilfen entlassen, weil sie sich erdrehten, um die Zahlung des Tariflohns zu eruchen. Er rief ihnen, aus der Organisation auszutreten, damit er der Verpflichtung entbunden sei, Tariflohn zu zahlen. Das Verhalten Stolzes zwingt uns, die Gehilfenchaft auf diesen Serra besonders aufmerksam zu machen.

Offene Stellen für befähigte Gewerkschaftler. Durch den Zentralstellennachweis des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin SO 16, Engelstraße 24) wird gesucht: Leiter für das literarische Bureau der „Volksfürsorge“ in Hamburg. Erforderlich: Befähigung zu journalistischer Tätigkeit und zur selbständigen Leitung der literarischen Propaganda sowie Vertrautheit mit den verschiedenen Zweigen der modernen Arbeiterbewegung, eventuell auch Vorkenntnisse der Literatur über das Wesen der Volksversicherung, Bewerbungen mit Angabe des bisherigen Tätigkeits und der Gehaltsansprüche bis 15. April an den Vorstand der „Volksfürsorge“, Hamburg 5, Kapellenstraße 5.

Die Lohnerhöhungen im Buchbindergerwe. Der in voriger Nummer unter gleicher Stichmarke gebrachte Bericht bezieht sich nur auf die für Berlin gewährten Stundenzulagen. Für die übrigen Orte wurden je nach Alter und Drisklasse (II bis VI) ab 27. März neue Zuschläge auf die bisherigen Stundenlöhne bewilligt: für ledige Gehilfen 0,80—3,25 Mk., für verheiratete Gehilfen 2,80—3,25 Mk., für Arbeiterinnen, je nach Berufsjahren, ob geübt oder ungeübt, 0,50—1,50 Mk. Die Gesamtstundenlöhne betragen danach mindestens: für ledige Gehilfen 6,60—14,20 Mk., für verheiratete Gehilfen 11,10 bis 14,85 Mk., für Arbeiterinnen 3,20—7,90 Mk. Der Zuschlag für Akkordarbeit beträgt 85 Proz., insgesamt also 290 Proz. Die Buchbinderelbisher empfinden es laut „Zeitschrift“ sehr unangenehm, daß sie immer mehr ins Schlepplau des Tarifauschusses der Buchdrucker geraten. Bei den diesmaligen Verhandlungen trat es besonders dadurch deutlich zutage, daß die Verhandlungen schon abgebrochen waren, als die Nachricht von der Einigung im Buchdruckgewerbe bekannt wurde und die Unternehmer notgedrungen zu Zugeständnissen veranlaßt.

Aufruf der Gewerkschaften zur Maffete. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Anacientenbund rufen zur Feier des 1. Mai auf unter der Devise: Für wirtschaftlichen Völkerverleben und Völkerverständigung, Aufrechterhaltung des Achtstundentags und Ausbau der Sozialgesetzgebung! Daraus leit folgendes wiedergegeben: Der Friede von heute ist die Fortsetzung des Krieges in anderer Form. Teuerung und Hunger lasten auf der Arbeiterchaft. Der Hunger schwingt unerträglich seine Geißel über dem Profetarat der ganzen Welt. So will es die Gewalt! Die große Zeit der deutschen Revolution fand ein kleines Geschlecht. Durch die Richtungslosigkeit innerlich der Arbeiterchaft konnte der Gegner, der schon nach dem Achtstundentage greift, wieder seinen Fuß stellen. Durch die schwere Belastung der Arbeiterchaft wird der verfassungsmäßige Grundlah, der die Arbeitskraft unter den besonderen Schutz des Reiches stellt, in sein Gegenteil verkehrt. Hier muß Wandel geschaffen werden, wenn das Volk nicht mehr geschädigt werden soll, als ihm durch die Sozialgesetzgebung geschehen wird. Die Arbeiter müssen gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen mehr geschützt werden. Welterder wird ein einheitliches Arbeitsrecht und Sicherstellung des Sozialrechts. Die Frauen und Säuglinge innerhalb der Arbeiterchaft sind auszurüsten.

Verienheim „Einkaufshaus“ bei Eufel im Thüringer Wald. Die Schühbitten- und Verlenheimgenossenschaft

